67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5,00 M., Reklameteil 20,– M.
Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 373.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36,– Mk., monatlich 12,– Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: «Börsenkrone» | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Freitag, 12. August 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Die Unmöglichkeit eines Kompromisses.

Der Ernst der Lage.

Berlin, 11. August.

Amtlich.

Der Reichskanzler hat den Reichstagspräsidenten Loebe und den Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Abgeordneten Dr. Stresemann, telegraphisch zu einer Besprechung nach Berlin gebeten.

EE **Paris**, 11. August.

Der „Intransigeant" meldet in seiner Abendausgabe: Der Optimismus von heute morgen ist vollständig verschwunden. Man muß es frei aussprechen, daß jetzt die schwierigsten Augenblicke sind. Die Lage ist sehr gespannt. Vielleicht ist heute abend eine Besserung zu verzeichnen. Gegenwärtig kann man nur eine solche erhoffen.

Den Ernst der Lage verrät auch der heutige Leitartikel des „Temps". Das Blatt hofft, daß man sich nicht beeilen werde, um die Debatte vor das Forum des Obersten Rates zu bringen. Der heutige Abend und der morgige Tag werden zeigen, ob man zu einer gerechten Lösung gelangen könne. Eine solche hält der „Temps" für möglich, und er wünscht nur, daß diese erreicht werde. Sollte diese aber nicht gelingen, so wäre es besser, die Frage offen zu lassen, als daß man zu einem Abkommen gelange, das vom französischen Volke nicht gebilligt werden könne. Man müsse sich in einem solchen Falle nur über die Meinungsverschiedenheiten offen aussprechen und erklären, daß Frankreich nicht die Verantwortung am Scheitern trage.

Noch keine Einigung!

Paris, 11. August.

Lloyd George und Lord Curzon verhandelten heute vormittag von 8¾ bis 11¼ Uhr im Hotel Crillon mit Briand und Loucheur. Wie die Havas-Agentur berichtet, ist in dieser Unterredung eine Einigung über die oberschlesische Grenzfrage nicht erzielt worden.

Die Nachricht der Havas-Agentur besagt, daß die Verhandlungen zwischen den englischen und den französischen Ministern von heute vormittag zur Erzielung einer Einigung über die beiden weit auseinandergehenden Standpunkte noch zu keiner Einigung geführt haben, jedoch fortgesetzt werden. Jedenfalls werde, wenn bis zum Abend keine Einigung sich ergebe, in der Nachmittagssitzung des Obersten Rates nicht über die oberschlesische Frage verhandelt, sondern in der Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Nachricht weist darauf hin, daß kein Grund zum Pessimismus vorhanden sei, da bei den Verhandlungen früherer Konferenzen sich ähnliche Krisenzustände gezeigt hätten, die immer zu einer vermittelnden Lösung geführt hätten.

Paris, 11. August.

Ueber die Verhandlungen, die heute vormittag zwischen Lloyd George und Lord Curzon einerseits und Ministerpräsident Briand und Loucheur anderseits geführt wurden, um zu einer Entscheidung in der oberschlesischen Frage zu gelangen, berichtet die Havasagentur ferner, auf englischer Seite sei man wenig geneigt, Entgegenkommen zu zeigen. Man halte sich an die Marinis-Linie, die abgesehen von einigen Verbesserungen wesentlich den gleichen Grenzvorschlag enthält, wie die sogenannte Percivallinie. Französischerseits glaube man, daß eine derartige Grenzlinie für Polen gänzlich ungeeignet sei.

Als die Verhandlungen gegen 11½ Uhr heute ihr Ende erreichten, sei man auf diesem Standpunkte angekommen. Es scheine also, daß der englische und der französische Standpunkt aufs neue scharf gegenüberstehen.

Hart auf hart!

EE **Paris**, 11. August.

Ueber die Beratungen der Minister am heutigen Vormittag meldet der „Intransigeant":

Um 9 Uhr vormittags erschienen Briand und Loucheur im Hotel Crillon, wo sie die Gäste Lloyd Georges zum Frühstück waren. Die Besprechungen wurde im großen Saale des Hotels geführt. Es war eine wirkliche Debatte. Man hörte die lauten Stimmen bis auf den großen Gang des Stockwerkes. Jeder von beiden beharrte auf seinem Standpunkt, jeder machte die äußersten Zugeständnisse, und der Augenblick war ernst. Briand mußte bei diesen Besprechungen auf die wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Verpflichtungen Rücksicht nehmen, die Frankreich bereits an Polen binden, und er gelangte zu einem Punkte, den er nicht mehr überschreiten konnte. Auch Lloyd George beharrte auf seinem Standpunkte. Lord Curzon und Loucheur versuchten einen Schritt weiter zu gelangen und ein Uebereinkommen zustande zu bringen, aber der Bericht über die letzten Arbeiten der Sachverständigen ließ auch diesen Versuch scheitern.

Heute vormittag um 11½ Uhr begab sich Lloyd George nach dem Quai d'Orsay, um mit dem französischen Sachverständigen Laroche Rücksprache zu pflegen.

Infolge des Umstandes, daß die Sachverständigen zu keinem Ergebnis gelangen konnten, findet heute nachmittag keine Vollsitzung des Rates statt. Die alliierten Ministerpräsidenten sind der Meinung, es sei verfrüht, die oberschlesische Frage bereits vor den Obersten Rat zu bringen. Es sei für den Augenblick besser, einen Boden für den Eintritt in private Unterredungen vorzubereiten.

Die letzten Besprechungen.

Paris, 11. August.

Die Havasagentur verbreitet aus Rambouillet folgende Meldung:

Von zuständiger Seite wird bekannt, daß die Sitzung des Obersten Rates, die heute abend um 5 Uhr stattfinden sollte, vertagt worden ist, um dem französischen, englischen und italienischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu geben, die Prüfung eines Grenzvorschlages für Oberschlesien unmittelbar fortzusetzen.

Paris, 11. August.

Ministerpräsident Briand und Minister Loucheur kehrten um 4 Uhr nachmittags aus Rambouillet nach Paris zurück; sie berieten bis 6 Uhr mit einander und begaben sich alsdann zum Hotel Crillon zu einer Besprechung mit Lloyd George und Lord Curzon.

Abreise Lloyd Georges.

London, 11. August.

Reuter meldet aus Paris: Lloyd George fährt morgen nach London zurück. Seine Rückreise hängt mit der irischen Antwort zusammen.

Paris, 11. August.

Havas berichtet, daß man in den englischen Kreisen der Konferenz versichert, Lloyd George habe die Absicht, morgen mittag Paris zu verlassen: Er ist genötigt, am Sonnabend in London zu sein, um mit seinen Ministerkollegen über die irische Frage zu beraten. Nachrichten, die er im Laufe des Abends durch Flugzeuge aus London erhalten hat, sind, wie es scheint, von einer solchen Bedeutung, daß sich ein baldmöglichster Zusammentritt des Kabinetts notwendig macht. Zuerst war das Gerücht verbreitet, daß die gesamte englische Delegation mit ihrem Chef abreisen werde. Nach eingezogenen Erkundigungen erfährt man jedoch, daß Lord Curzon mit den Sachverständigen in Paris bleibt, um die Fortsetzung der Verhandlungen und die Erledigung der Tagesordnung sicherzustellen. Morgen vormittag nach dem französischen Ministerrat wird Briand vor Lloyd Georges Abreise noch eine Unterredung mit ihm haben.

Die landfremden „Sachverständigen".

EE **Paris, 11. August.**

Der „Temps" meldet zur heutigen Konferenz der Sachverständigen folgendes:

Die Sachverständigen konnten heute morgen ihre Arbeiten beenden. Ihre Studien hatten das Ergebnis, daß das Industriegebiet von Oberschlesien erweitert wird und in diesem Gebiete durchaus die verschiedenen Bestandteile nachgewiesen werden. Nach dem einstimmigen Geständnis der Sachverständigen sind im ganzen Industriegebiet 520 000 Stimmen abgegeben, davon 280 000 für Deutschland und 240 000 für Polen. Das ergebe eine nur schwache Mehrheit für Deutschland, die die Zuweisung des ganzen Industriegebiets an Deutschland nicht rechtfertigen würde, besonders wenn man die „Zugewanderten" in Abzug bringt. Indem die Sachverständigen die wirtschaftlichen Beziehungen prüfen, die zwischen den verschiedenen Ansiedlungen und der industriellen Zone bestehen, gelangen sie dahin, dieses Gebiet in einzelne Blocks mit deutscher oder polnischer Mehrheit zu zerlegen. Deutsche Mehrheiten finden sich im Westen und Osten, polnische in der Mitte und an der Süd- und der Nordgrenze. Die Sachverständigen stellten fest, daß man keine Grenzlinie ziehen könne, ohne die von ihnen auf diese Weise ermittelten Blocks zu zerschneiden. Wenn man das Industriegebiet aufteilen wolle, müsse die große Grenzlinie einer Abgrenzung gewisser Blocks folgen. Doch konnten sich die Sachverständigen nicht über die Wichtigkeit der verschiedenen Faktoren, die die einzelnen Blocks miteinandr verbinden, verständigen. Sie wurden sich darüber klar, daß der industrielle Block von Oberschlesien unteilbare Kernpunkte enthalte, sie konnten sich aber nicht darüber einigen, welcher größere oder geringere Zusammenhang innerhalb dieser verschiedenen Kernpunkte bestehe. Ihre Studien führten infolgedessen zu keiner Festsetzung einer Grenze.

Die alliierten Regierungen müssen nun zwischen den verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen die Sachverständigen darlegen werden, entscheiden.

Empfang bei Millerand.

Rambouillet, 11. August.

Präsident Millerand und Gemahlin empfingen heute im Schloß Rambouillet zum Frühstück die Mitglieder der Abordnungen zum Obersten Rat und die Botschafter der verbündeten Regierungen; es wurden keine Trinksprüche oder Ansprachen gehalten.

Keine Truppenverstärkungen.

EE **Paris**, 11. August.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, daß es die Italiener waren, die Lloyd George und Briand zu dem Kompromiß bewogen, nämlich das Zugeständnis zu machen, daß das Industriegebiet als teilbar betrachtet werden könne. Dagegen treten die Italiener heute nicht mehr für die Sforza-Linie ein, die der Sachverständige Torre France nicht billige. Neue Instruktionen von Bonomi und Della Torretta wurden dem italienischen Sachverständigen erteilt.

Dasselbe Blatt meldet, daß von der Absendung von Truppenverstärkungen nicht mehr die Rede sein werde. General Henneker meldete dem Obersten Rat, daß er und seine Kollegen alle Maßnahmen getroffen hätten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien bekanntgegeben werde.

Die unangenehme Wahrheit.

Mtb **Paris**, 11. August.

Hervé veröffentlicht in der „Victoire" einen Artikel, der die Politik Lloyd Georges verteidigt. Es heißt in dem Artikel, man dürfe Lloyd George keine schlechten Beweggründe unterschieben. Lloyd George sei überzeugt, daß man eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber Deutschland begehe und eines Tages der deutsch-polnische, vielleicht gar der Weltkrieg hereinbrechen würde, wenn man der polnischen Wagschale mit dem Daumen nachhelfe. Dies müsse gesagt werden, auch wenn es für die Ohren vieler Kollegen unangenehm zu hören sei.

Ein letzter Appell des Reichskanzlers.

Deutschland verlangt sein Recht!

Berlin, 11. August.

In der Rede, die Reichskanzler Dr. Wirth bei der heutigen Verfassungsfeier in der Staatsoper hielt, streifte er auch die augenblickliche Lage Deutschlands. Er führte aus: Zur Stunde tagt in Paris die Versammlung der Staatsmänner, die über das Schicksal Oberschlesiens entscheiden soll. Wir sind uns klar darüber, daß mit Oberschlesien über das Geschick Deutschlands und damit über das Europas eine bedeutsame Entscheidung fällt. Lassen Sie mich nochmals der Hoffnung Ausdruck geben, daß die in Paris versammelten Männer sich der Schwere ihrer Verantwortung gegenüber der Menschheit bewußt sein und so zu einer gerechten Entscheidung kommen mögen, die dem deutschen Volke die Lebensfähigkeit erhält.

Erst vor wenigen Monaten haben wir durch die Annahme des Londoner Ultimatums Lasten auf uns genommen, wie sie in so gigantischer Schwere im Laufe der Geschichte keinem Volke zugemutet worden sind. Wir haben sie auf uns genommen, obwohl weite Schichten unseres Volkes, ernste Männer der wissenschaftlichen und der praktischen Volkswirtschaft an ihrer Tragbarkeit und Erfüllbarkeit zweifelten. Wir haben im Laufe dieser Monate den ernstesten Willen zur Erfüllung der übernommenen Lasten bewiesen und haben daher ein Recht zu hoffen und zu verlangen, daß man uns nicht die Schaffensmöglichkeit nimmt, die die Voraussetzung für so ungeheure Lasten ist. Wer Ungeheures leisten will, muß den negierenden, unfruchtbaren Tagespessimismus von sich weisen und trotz allem, was sich ereignet hat, mit Optimismus ans Werk gehen. Wir sind getragen von dem die Völker bewegenden Gedanken des Friedens und des Verlangens nach gemeinsamer, die Nationen verbindender Arbeit. Das deutsche Volk will nichts als sein Recht, will sein Brot in mühevoller täglicher Arbeit erwerben. Wehe denen, die diesem Volk, das guten Willens ist, Steine statt Brot reichen!

Ein Volk, das den Weg von 1918 bis 1921 gegangen ist, das nach solchem Zusammenbruch sich aufgerafft hat zur Arbeit, zur Selbstverantwortung und Freiheit, hat den Anspruch auf ein adäquates Dasein; einen Anspruch an die Völker der Erde und an die eigene Zukunft. So verlassen wir dieses Haus gestärkt in der Gewißheit, daß wir auf dem von uns eingeschlagenen Wege zum Ziele kommen können und kommen werden, um einst in einem glücklichen, gesicherten und freien Staatswesen einen froheren Festtag des gesamten Volkes feiern zu können. Das Recht zu dieser Hoffnung erblicken wir in dem Willen unseres Volkes, wie er niedergelegt ist in den denkwürdigen Eingangsworten der Verfassung, jener Präambel, die die alte Welt von der neuen politisch scheidet: dort der Bund der Fürsten nach einem siegreichen Kriege, hier „das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen in dem Willen, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen". Jene Welt der Freiheit und Gerechtigkeit ist die ewig bleibende, die Welt, die hinter der Flucht der Erscheinungen liegt. Diesem Stern der Freiheit und Gerechtigkeit folgen wir auch in unserer sturmbewegten Zeit. Mag uns die Welt um und neben uns fast den Atem beklemmen mit all den Nebeln, welche diese Sterne verfinstern. Trotz alledem — wir werden dem Gedanken der sozialen Freiheit und sozialen Wohlfahrt folgen, wir werden aufwärts schreiten, wenn wir nur selbst dem treu sind, was in den Grundgedanken der Verfassung in schwerer Stunde niedergelegt ist.

Keine Verhandlungen über eine unmittelbare Lösung!

Berlin, 11. August.

Amtlich.

Verschiedene Blätter bringen heute die Meldung der „Chicago Tribune", daß unmittelbare Geheimverhandlungen zwischen Berlin und Warschau über Oberschlesien stattgefunden hätten und daß England einen Druck auf Deutschland, und Frankreich einen Druck auf Polen ausgeübt habe zu dem Zweck, zwischen beiden Ländern eine unmittelbare Lösung der oberschlesischen Frage herbeizuführen. Wie wir von amtlicher Seite erfahren, entbehren alle diese Meldungen jeder Grundlage und sind völlig aus der Luft gegriffen. Der Reichskanzler hat zu wiederholten Malen und zuletzt in seinem Interview vom 8. August mit dem Vertreter des „Nuovo Giornale" keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland unabweisbar sei; er hat ferner erklärt, daß die deutsche Regierung bereit und willens ist, nach Lösung der oberschlesischen Frage den wirtschaftlichen Aufbau Polens in jeder Weise zu fördern; er hat aber ausdrücklich hervorgehoben, Voraussetzung hierfür sei, daß von polnischer Seite das Streben nach unrechtmäßigen Zielen fortfalle.

Die Polen von Pleß und Rybnik wollen deutsch bleiben!

Rybnik, 11. August.

Am Dienstag abend fanden **in zahlreichen Orten der Kreise Pleß und Rybnik von den Polen veranstaltete Versammlungen statt, in denen für das Verbleiben der beiden Kreise bei Deutschland demonstriert** wurde. Die in diesen Versammlungen angenommenen Resolutionen und Telegramme, die an Lloyd George und den Obersten Rat gerichtet waren, brachten diesen Willen der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Die polnischen Bewohner der beiden Kreise sind, soweit sie es nicht schon vorher waren, vornehmlich durch den letzten Putsch zur Erkenntnis gekommen, daß sie, wenn sie etwa Polen zugesprochen werden sollten, dem wirtschaftlichen Ruin verfallen würden.

Während im Kreise Pleß die Versammlungen in Ruhe und ohne Folgen verlaufen sind, kam es nach den Versammlungen im Kreise Rybnik zu blutigen Zusammenstößen. Die aus Kongreßpolen und Großpolen herübergekommenen Polen und Haller-Leute fielen zusammen mit den Anhängern Korfantys in der Nacht zum Mittwoch über die demonstrierenden Versammlungsteilnehmer her und es kam zu schweren Schlägereien und Schießereien mit blutigem Ausgang.

Memeler Brief.

Die innere Lage im Memelgebiet und die französische Besatzungsbehörde. — Der Rücktritt Altenbergs. — Um die Selbständigkeit des Landes. — Englisch-französische Unfreundlichkeiten. — Handels- und Wirtschaftsfragen. — Die Spielbank in Memel-Sandkrug.

Memel, Anfang August.

Der innige Zusammenhang zwischen Ostpreußen und dem nunmehr als besonderes Staatsgebilde abgetrennten Memelgebiet kommt in diesen Monaten wieder besonders zur Geltung. Schon von jeher waren die Nehrungsbäder, die nunmehr zum größten Teil zum Memelgebiet gehören, die beliebtesten Ausflugsorte und Sommererholung für die Ostpreußen. Allen Schwierigkeiten, wie sie durch die Notwendigkeit der Paßkontrolle nunmehr im Verkehrsaustausch bestehen, zum Trotz ist auch in diesem Jahre wieder der Badeverkehr besonders lebhaft, zumal zwischen den beteiligten Regierungen Vereinbarungen zur Erleichterung während der Sommermonate getroffen sind. Und wer nach langer Zeit in diesem Jahr wieder das Memelland bereist, der wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß in der Zwischenzeit eine wesentliche Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist. Die politischen Strömungen im Kampf um die zukünftige Zugehörigkeit des Memelgebiets haben in der Bevölkerung Gegensätze geschaffen, wenn auch glücklicherweise immer wieder das weit überragende Element des Deutschtums zum Ausdruck kommt. Der Verkehr an Ausländern ist besonders rege, die Grundstückspreise sind infolge der polnischen Aufkäufe eine zeitlang außerordentlich gestiegen, als Handelsland hat Memel eine besondere Bedeutung erfahren. Erklärlich ist es, daß die Memelländer noch immer ein wenig beunruhigt sind über die Zukunft ihres Landes; sie wissen recht gut, daß von polnischer und litauischer Seite alle möglichen Anstrengungen gemacht werden, um sich das Memelgebiet als Austauschobjekt oder als eigenen Zugang zum Meere zu verschaffen. Die französische Besatzungsbehörde ist aus begreiflichen Gründen nicht energisch genug, die Bemühungen abzuwehren, obwohl der alliierte Beauftragte Petisné sich eines weitgehenden Vertrauens erfreut.

Die politischen Kämpfe haben in den letzten Tagen eine bemerkenswerte Veränderung mit sich gebracht: Wie schon gemeldet, hat der Präsident des Staatsrats, der frühere Memeler Oberbürgermeister Altenberg, seinen Rücktritt erklärt, obwohl er noch in der letzten Staatsratssitzung eingehende Aufklärungen gegenüber den Angriffen eines Teils der deutschen Presse über seine Warschauer Reise gegeben hatte, die den Eindruck hervorriefen, daß damit allen Mißdeutungen ein Ende bereitet worden wäre. Es ist erklärlich, daß angesichts des gar zu schnellen Einpassens Altenbergs in die neuen Verhältnisse, angesichts seines kommerziellen Interesses als Mitglied der Leitung zahlreicher Unternehmungen und angesichts seiner vielfach recht engen geschäftlichen Verbindungen mit Warschau ein gewisses Mißtrauen gegen Altenberg in einem großen Teile der Memeler Bevölkerung bestand, das durch die oft allzu deutliche Sprache einiger Königsberger Blätter nur noch genährt wurde. Trotz der wiederholten Erklärungen Altenbergs, daß er an der unbedingten Selbständigkeit des Memelgebietes festhalten werde, zweifelte man und wies auf seine Wandlungsfähigkeit hin.

Gar so einfach liegen die Dinge aber doch nicht. Eine besondere Gefahr liegt aber darin, daß eine polnisch oder litauisch beeinflußte Persönlichkeit an Stelle Altenbergs in Frage kommt, wozu die alliierte Behörde sicherlich gar zu gern ihre Zustimmung geben würde, um den deutschen Charakter des Memellandes immer mehr beeinträchtigen zu können.

Schon dieser Umstand läßt erkennen, wie außerordentlich schwierig die memelländischen Verhältnisse liegen und wie wichtig es ist, der deutschen Presse eine gewisse Zurückhaltung in der Behandlung innerer Angelegenheiten des Memelgebietes zu empfehlen, und die Betonung des allgemeinen deutschen Interesses eine zeitlang zurückzustellen. Wenn man den Memelländern den Vorwurf machte, daß sie sich gar zu schnell in die neuen Verhältnisse fanden und ihr Deutschtum hintantreten ließen, so vergißt man zumeist hierbei, daß die Besatzungsbehörde sich bemüht, eine rein deutsche Agitation möglichst zu hindern. Das ist ja auch der Grund, weshalb die dortigen Deutschen immer nur die unbedingte Selbständigkeit des Landes und nicht den Wiederanschluß an Deutschland fordern, weil sie eben recht gut wissen, daß eine solche Agitation leicht bestimmte Verbote der Besatzungsbehörde mit sich bringen kann, wie ja auch dem deutsch-litauischen Heimatbunde gegenüber bereits Andeutungen nach dieser Richtung hin gemacht wurden.

Es ist zu hoffen, daß die Erwartungen des Memellandes auf Selbständigkeit erfüllt werden, wenn die Alliierten es wirklich von Anfang an ernst gemeint haben mit ihren Versprechungen. Die Unklarheit in den Verhältnissen der Alliierten selbst hat sich aber verschiedentlich auch in Memel gezeigt. Viel besprochen wurde letzthin der Besuch eines englischen Kreuzers und mehrerer Torpedoboote in Memel, wobei diese nicht den vorgesehenen Ankerplatz bei den englischen Fahrzeugen benutzten. Der Kreuzer legte auf der Reede fest, weil angeblich der Hafen nicht genügend Tiefe hätte, obgleich er tatsächlich bereits von weit größeren Fahrzeugen benutzt worden ist. Der Besuch des englischen Kommandanten bei dem französischen war überaus kurz und formell, den englischen Schiffsbesatzungen wurde es überhaupt verboten, an Land zu gehen, um die früher beobachteten Tätlichkeiten mit den Franzosen zu vermeiden. Die alliierte Freundschaft hat sich hier wie auch anderswo nicht allzufest gezeigt.

Das kommt auch in der finanziellen Eroberung des Memelgebietes zum Ausdruck, die in letzter Zeit verstärkt durch englisches Kapital betrieben wird. Es hat überhaupt den Anschein, als ob angesichts der günstigen Verbindungsmöglichkeiten Memel für die Zukunft weit mehr als früher ein für das Handelswesen besonders wichtiger Umschlagplatz werden wird. Die Industriestätten sind voll belegt und neue Industrieprojekte mit ausländischem Kapital im Gange, die Lebensmittelverhältnisse sind angesichts des ertragreichen Hinterlandes besonders günstig, die politische Entwickelung im Lande selbst ist trotz der Auseinandersetzungen über die außenpolitische Lage verhältnismäßig ruhig. Auch das Gesellschaftsleben hat eine